



## Forderungskatalog zur Religionsfreiheit in der Türkei

anlässlich des Staats-Besuchs von Papst Franziskus in der Türkei erhebt die  
**Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)**  
folgende Forderungen an die türkische Regierung:

Verankerung von Minderheiten- bzw. Volksgruppenrechten in der geplanten neuen Verfassung.

Verwirklichung des Artikels 27 (Minderheitenrechte) des von der Türkei 2003 ratifizierten „Internationalen Paktes für bürgerliche und politische Rechte“.

Anerkennung der Assyro-Aramäer, Katholiken und Protestanten als Minderheiten im Sinne des „Lausanner Vertrages“ von 1923.

Rechtliche Anerkennung der katholischen und protestantischen Kirche.

Offizielle rechtliche Anerkennung des griechischen Patriarchats in Istanbul und offizielle Anerkennung des unterdrückten Titels „Ökumenischer Patriarch“.

Streichung der Religionszugehörigkeit im Personalausweis.

Anerkennung der gegen die Armenier und Assyro-Aramäer gerichteten Pogrome von 1915 im damaligen Osmanischen Reich als Völkermord und Ausrichtung bzw. Zulassung offizieller Gedenkveranstaltungen im Frühjahr 2015 zum 100. Jahrestag.

Vollständige Rückgabe oder Restitution zuvor enteigneter Kirchenimmobilien.

Beendigung der Landenteignungen zu Lasten der syrisch-orthodoxen Klöster im Tur Abdin, insbesondere beim Kloster Mor Gabriel.

Öffnung des griechisch-orthodoxen Priesterseminars auf der Insel Chalki und des Heilig-Kreuz-Seminars der Armenier.

Staatliche Unterstützung bei der Renovierung des früheren, zeitweise enteigneten Waisenhausbäudes auf der Prinzeninsel Büyükkada sowie Unterstützung eines dort geplanten Zentrums für interreligiöse Begegnung und einer internationalen Umwelt-Stiftung, wie Patriarch Bartholomäus es vorschlägt.

Zuweisung eines geeigneten Grundstücks für die im Dezember 2012 genehmigte neue syrisch-orthodoxe Kirche in Istanbul und Rückgabe des enteigneten Friedhofsgeländes an die italienisch-katholische Gemeinde im Stadtteil Bakirköy.

Aufhebung des offiziellen Verbots zur Erteilung aramäischen Sprachunterrichts und Zulassung entsprechender Schulen und Bildungseinrichtungen der syrisch-orthodoxen Kirche.